

<b>Absender</b> F.D.P.-Fraktion	<b>Drucksachen-Nr.</b> 577/2002
	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
	<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>Antrag</b>	
<b>der Fraktion, der Ratsmitglieder</b> ▼	<b>zur Sitzung des</b>
<b>F.D.P.-Fraktion</b>	<b>Rates am 10.10.2002</b>

### Tagesordnungspunkt

**Antrag der F.D.P. -Fraktion vom 03.09.2002, den Antrag vom 20.01.2002 zur Prüfung des Verkaufs der städtischen Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) erneut auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen**

### Inhalt

Der Antrag ist beigelegt.

#### **Stellungnahme der Bürgermeisterin:**

Unabhängig vom Prüfverfahren der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH ist aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach der hohe Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus bei der RBS GmbH zu berücksichtigen. Wie auch aus den jährlichen Wohnungsberichten ersichtlich wird, sucht ein großer Personenkreis diese Wohnungen durch die städtische Wohnungsvermittlung nach. Von weiterer Bedeutung dürfte sein, dass bei einer Bereitstellung von städtischen Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau an einen freien Wohnungsträger zu prüfen ist, wie die Belegungsrechte der Stadt gesichert werden können.

Aus diesen Gründen prüft die Verwaltung, inwieweit überhaupt diese kommunalpolitische Verantwortung bei einem Verkauf von Anteilen weiterhin gewährleistet werden kann.

Ferner muss auch geprüft werden, ob es außer einem Anteilsverkauf noch andere Alternativen gibt. Erst wenn diese Komponenten ausreichend untersucht sind, kann die gewünschte Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen vorgelegt werden.

Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass die strukturellen Haushaltsdefizite auch der Stadt Bergisch Gladbach nicht hausgemacht sind und die Aktivierung von städtischem Vermögen nur zu einer einmaligen Haushaltsdeckung führen kann. Solche Schritte sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sich eine strukturelle Haushaltsverbesserung abzeichnet.